

An die  
Präsidentin des Südtiroler Landtages  
Frau Rita Mattei  
Bozen

Bozen, den 28. Juli 2021

## Tagesordnungsantrag Nr. 20 zum Landesgesetzentwurf Nr. 88/21

„Nachtragshaushalt der autonomen Provinz Bozen für das Finanzjahr 2021 und für den Dreijahreszeitraum 2021-2023“

### **Gesundheitswesen: Pragmatismus ist gefragt**

Die über das Draghi-Dekret eingeführte Impfpflicht führt dazu, dass viele Mitarbeiter im italienischen Gesundheits- und Pflegedienst die sich nicht oder noch nicht impfen lassen möchten, suspendiert werden. In Südtirol sind es derzeit bis zu 700 Mitarbeiter, denen die Suspendierung droht. Erste Entlassungen sind bereits erfolgt. Würde jetzt und in den nächsten Wochen auch nur ein Teil dieser 700 Mitarbeiter im Südtiroler Gesundheits- und Pflegewesen suspendiert werden, so könnten essenzielle Gesundheitsdienste und einige der derzeitigen Strukturen nicht mehr aufrechterhalten werden. In anderen Regionen ist die Situation mindestens genauso prekär. Diese Sorge hat Luca Zaia, den Präsidenten der Region Venetien dazu bewogen, die derzeitigen Suspendierungen vorerst auszusetzen. Zaia begründet diese Aussetzung mit pragmatischen Gründen, denn zum einen wolle er den durch die Entlassungen verschärften Personalnotstand verzögern und zum anderen möchte er auf eine gemeinsame Vorgehensweise der Regionen warten.

Dies vorausgeschickt

**f o r d e r t**

der Südtiroler Landtag die Landesregierung auf,

- es der Region Veneto gleichzutun und die Kündigungen in den Sanitäts-, Gesundheits- und Pflegebetrieben vorerst auszusetzen.

Die Erhebung dieser Daten verursacht geringfügige Ausgaben, die dafür notwendigen Mittel werden aus dem



L. Abg. Andreas Leiter Reber